

MEDIENINFORMATION

Ärzttekammer begrüßt Ausbildungsinitiative von JungärztInnen durch das Land genauso wie den geplanten Universitätsstandort in Pinkafeld – Bereitschaftsdienst: „Gegenangebot“ von Land und ÖGK wird ebenfalls begrüßt

Gegen den drohenden Ärztemangel im Land vergibt das Land seit 2019 jährlich 5 Stipendien pro Jahr. Nun hat LH Droschitz angekündigt, angesichts der Pensionierungswelle der ÄrztInnen in den kommenden Jahren bis 2027 diese Zahl auf 55 kostenlose Studienplätze pro Jahr auszuweiten. Geplant ist weiters, dass ab 2023 dieses Studium in Pinkafeld absolviert werden kann.

Die Ärztekammer begrüßt jegliche Maßnahme der Politik, dem Ärztemangel zu begegnen. Profitieren werden davon insbesondere die BurgenländerInnen, wird ihre wohnortnahe Versorgung dadurch ja nachhaltig gesichert. Aber auch für die Ärzteschaft – im Spital wie im niedergelassenen Bereich - ist die Sicherstellung des Nachwuchses von eminenter Bedeutung, wird sie dadurch doch entlastet und die Gefahr des „Ausbrennens“ minimiert.

Dass das Burgenland mit Pinkafeld einen Universitätsstandort bekommen soll, ist ein weiterer strategisch kluger Schachzug. „Macht jemand seine Ausbildung bei uns, lernt er Land und Leute kennen und schätzen - und schlägt so Wurzeln bei uns. Die Chance, dass die Absolventin/der Absolvent im Burgenland bleibt, ist so ungleich höher!“, resümiert Präs. Dr. Lang.

Ärzttekammer wartet auf das gemeinsame Angebot zum Bereitschaftsdienst von Land und ÖGK

Begrüßt wird von der Ärztekammer auch das im Rahmen der gestrigen Pressekonferenz durch LH Droschitz angekündigte gemeinsame Angebot von Land und ÖGK zum Bereitschaftsdienst. Es scheint hier endlich Bewegung in die Sache gekommen zu sein. Zum Hintergrund: Die Ärztekammer hat bereits vor mehr als sechs Monaten ein Konzept zur Neustrukturierung des Dienstes erstellt, welches bis dato unbeantwortet blieb. In der Zwischenzeit hat das Land ein Gesetzprüfungsverfahren eingeleitet. Ungeachtet dessen muss aus Sicht der Ärzteschaft eine rasche Lösung im Sinne der BurgenländerInnen erfolgen.

Eisenstadt, 23.3.2022